



Innenausschuss

24. Sitzung (öffentlich)

23. November 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:31 Uhr bis 16:06 Uhr

Vorsitz: Angela Erwin (CDU)

Protokoll: Alexander Happ, Stephan Vallata

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Ausschuss folgt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion der Entscheidung der Vorsitzenden, die von der AfD-Fraktion beantragte Aktuelle Viertelstunde zum Thema „Vermehrte Sprengungen von Ticketautomaten im Ruhrgebiet“ aufgrund fehlender Aktualität nicht zuzulassen.

Der Ausschuss erklärt sich mit dem Wunsch der AfD-Fraktion einverstanden, TOP 3 in einer der nächsten Sitzungen zu behandeln.

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag der Vorsitzenden, die TOPs 5 und 13 in Verbindung miteinander zu beraten.

- 1 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW** (beantragt von den Fraktionen der FDP [s. Anlage 1] und der SPD [s. Anlage 2]) **8**

- 2 Siebtes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen** **32**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/4531

Schriftliche Anhörung
des Innenausschusses
Stellungnahmen
18/786, 18/805, 18/835
18/849, 18/850

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Drucksache 18/6848

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag Drucksache 18/6848 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf Drucksache 18/4531 in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

- 3 Transparenz in den Pressemitteilungen der Polizei – Herkunft von Tatverdächtigen endlich benennen!** **35**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4345

– wird heute nicht behandelt

- 4 Aktuelle Krisen und alltägliche Herausforderungen – Überlastung der Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen?** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3])* **36**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1874

– Wortbeiträge

- 5 Cyberangriff auf Kommunen in Südwestfalen** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])* **38**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1893
Vertrauliche Vorlage 18/102

In Verbindung mit:

- 13 Hackergruppe „Akira“ legt über 70 Kommunen in NRW lahm** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1948

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

- 6 Demonstrationsgeschehen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])* **41**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1947

– mündlicher Bericht der Landesregierung

- 7 Sachstand bei der Neufassung von § 116 LBG** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **44**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1943
- Wortbeiträge
- 8 Straftaten gegen ältere Menschen – „Enkeltrick“ und Schockanrufe** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **46**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1945
- Wortbeiträge
- 9 Bundesinnenministerin Nancy Faeser ließ Hunderte Abgeordnete ausforschen – Wie viele sind in Nordrhein-Westfalen betroffen?** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **49**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1873
- Wortbeiträge
- 10 NRW-Clans haben Kontakte zu Hamas und Hisbollah** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **50**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1876
- Wortbeiträge
- 11 Dürfen bald nur noch Deutsche Demos anmelden?** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5]*) **51**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1940
- Wortbeiträge

- 12 Österreicher in Düsseldorf in Lebensgefahr geprügelt** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5]*) **52**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1941
- Wortbeiträge
- 14 Warum wurden bisher keine Polizeigebühren gegen Klima-Extremisten erlassen?** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5]*) **53**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1942
- Wortbeiträge
- 15 Gummersbach: Polizei schießt in Fußgängerzone auf Mann – Was sind die Hintergründe?** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 7]*) **54**
- In Verbindung mit:
- Schüsse in der Gummersbacher Fußgängerzone** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 8]*)
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 16 Verschiedenes** **59**
- hier: **Keine Ausschusssitzung am 7. Dezember 2023**
- Der Ausschuss folgt der Empfehlung der Obleuterunde, den Bedarfstermin für eine Sitzung am 7. Dezember 2023 nicht wahrzunehmen.

7 Sachstand bei der Neufassung von § 116 LBG (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1943

Christina Kampmann (SPD): Wir haben noch eine Frage zu der inhaltlichen Stoßrichtung, weil das aus dem Bericht nicht so klar hervorgegangen ist. Gestern hat die Rheinische Post zu dem Thema berichtet. Dort wird ein Sprecher des Innenministeriums zitiert, wonach die Anhebung der Altersgrenze auch weiterhin beabsichtigt sei.

Die erste Frage: Heißt das, dass wir davon ausgehen können, dass das auch so kommt, wie es ursprünglich geplant war?

Die zweite Frage bezieht sich auf den Zeitplan. Wann kommt das Gesetz ins Plenum, wann ist die erste Lesung etc.?

Minister Herbert Reul (IM): Die letzte Frage kann ich Ihnen noch nicht hundertprozentig beantworten, aber: bald. Es wird nicht lange dauern. Warum? Wir haben eine Vorabstimmung mit den Verbänden gemacht. Darüber findet jetzt die Diskussion statt, obwohl es noch gar nicht im Parlament ist. Dann kommt es ins Parlament.

Wenn ich etwas in meiner langjährigen Tätigkeit gelernt habe, dann: Es kommt nicht zwingend alles aus dem Parlament so heraus, wie es hineingegangen ist. Das ist unser Vorschlag, so zu verfahren. Dann werden wir Stellungnahmen haben, vermutlich werden Sie auch noch eine Anhörung durchführen, und dann werden wir sehen, wie wir damit umgehen.

Wir glauben, dass das eine kluge und vernünftige Lösung ist. Die ist schwierig – das weiß ich – und auch nicht ohne Probleme, aber ich glaube, dass man die Haltung „Wir verändern es gar nicht; alle bei 60 lassen“ gegenüber der Öffentlichkeit bzw. den Bürgerinnen und Bürgern und auch gegenüber den Feuerwehrleuten nicht vertreten kann.

Wenn Sie sich die Werksfeuerwehren angucken: Die bleiben alle bis 67 im Dienst. Das ist auch ein Problem, das man sehen muss, aber weil die Feuerwehr in den Laufbahnen, in den Entwicklungen und in den Tätigkeitsmerkmalen so differenziert bzw. so unterschiedlich ist, ist das extrem schwierig.

Wir haben uns für eine differenzierte Lösung entschieden. Ich kann offen sagen, dass ich am Anfang gedacht habe: Wir machen wie bei der Polizei 62 für alle, dann haben wir diese Laufbahnproblematik nicht. Dann habe ich aber eingesehen, dass die allermeisten derjenigen, denen wir eine zweijährige Erhöhung zugemutet hätten, im mittleren Dienst sind und wirkliche Knochenarbeit machen. Das fand ich auch nicht in Ordnung. Deshalb habe ich darum gebeten, einen Kompromiss zu finden, und der ist dieses gestufte Verfahren.

Ein gestuftes Verfahren wirft auch wieder Probleme auf. Man kann an jeder Ecke diskutieren, aber irgendwann müssen wir entscheiden, weil uns das Gericht dazu gezwungen hat. Wir müssen eine Entscheidung treffen.

Es bleibt unser Vorschlag. Das ist eine klare Ansage, und dann gucken wir uns die Beratungen und die Anhörungen im Einzelnen an.



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Frau
Angela Erwin (MdL)
Vorsitzende des Innenausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Christina Kampmann (MdL)

Innenpolitische Sprecherin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2518
Christina.Kampmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

13.11.2022

Beantragung von schriftlichen Berichten für die Sitzung des Innenausschusses am 23.11.2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Innenausschusses am 23.11.2023 folgende schriftliche Berichte:

1. Cyberangriff auf Kommunen in Südwestfalen

Den am 09.11.2023 aus zeitlichen Gründen nicht mehr diskutierten TOP 11 „Cyberangriff auf Kommunen in Südwestfalen“ melden wir erneut zur Beratung an.

2. Demonstrationsgeschehen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt

Nach dem Angriff der Hamas auf Israel und der brutalen Ermordung von nach aktuellem Stand rund 1200 Menschen durch die Terrorgruppe am 07.10.2023 ist der Konflikt im Nahen Osten eskaliert. Im Zuge der Eskalation kommt es auch in Deutschland zu vermehrter Hetze und zu Übergriffen durch pro-palästinensische Sympathisanten der Hamas und Islamisten. Insbesondere jüdische Mitbürger und Mitbürgerinnen sowie jüdische Institutionen unterliegen einer erhöhten Gefährdungslage. Sicherheitsexperten haben mitgeteilt, dass die Terrorgefahr in ganz Europa gestiegen sei und damit

gerechnet werden müsse, dass gezielt Gewalt insbesondere gegen Menschen jüdischen Glaubens verübt werden könnte.

In diesem Zusammenhang berichtete die Siegener Zeitung am 06.11.2023 über einen Vorfall, der sich am Rande einer pro-palästinensischen Demonstration in Siegen am 05.11.2023 ereignet haben soll. Demnach sollen zwei Ehepaare, die sich vorher nicht kannten, am Rande der Demonstration für Israel eingetreten und zufällig miteinander ins Gespräch gekommen sein. Die Polizei soll dieses zufällige Zusammentreffen nach dem Pressebericht als eine „nicht angemeldete Versammlung“ bewertet und daraufhin ein Ermittlungsverfahren eingeleitet haben.

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht über die aktuelle Sicherheitslage und das Demonstrationsgeschehen in NRW im Zusammenhang mit dem Konflikt im Nahen Osten. Zudem bitten wir um einen schriftlichen Bericht zu dem Vorfall in Siegen.

3. Sachstand bei der Neufassung von § 116 LBG

Die Beamten und Beamtinnen in den Feuerwehren treten gemäß § 116 Abs. 3 Landesbeamtengesetz (LBG NRW) bisher mit dem Ende des Monats, in dem sie das 60. Lebensjahr vollenden, in den Ruhestand. Die Landesregierung hat im Sommer 2023 einen Referentenentwurf erarbeitet, in dem die Altersgrenzen für die Beamten und Beamtinnen des feuerwehrtechnischen Dienstes für die Laufbahngruppe 1 (mittlerer Dienst) von 60 auf 61 und für die Beamten und Beamtinnen der Laufbahngruppe 2 (gehobener und höherer Dienst) von 60 auf 62 Jahre angehoben werden. Das Vorhaben sorgt für erhebliche Kritik in Feuerwehren und Gewerkschaften.

Eine bereits geplante Einbringung des entsprechenden Gesetzentwurfs in den Landtag wurde verschoben. Wir bitten um einen schriftlichen Bericht über den aktuellen Sachstand und Zeitplan der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Vorhaben.

4. Straftaten gegen ältere Menschen - „Enkeltrick“ und Schockanrufe

Straftaten zum Nachteil älterer Menschen sind ein weit verbreitetes Problem. Ältere Menschen sind häufig sowohl physisch als auch psychisch besonders verletzlich und leiden oft länger und schwerer unter den Folgen einer zu ihrem Nachteil begangenen Straftat. Denn zusätzlich zu der erlittenen Straf- oder Gewalttat kommen oft auch Scham, finanzielle Sorgen oder gesundheitliche Probleme hinzu. Mit unterschiedlichen und sehr skrupellosen Methoden versuchen insbesondere Betrüger an das Geld älterer Menschen zu kommen.

So kontaktieren Betrüger beim sog „Enkeltrick“ ihre Opfer, geben sich als Verwandte, Enkel oder auch gute Bekannte aus und bitten kurzfristig um Bargeld. Als Grund wird ein finanzieller Engpass oder eine Notlage vorgetäuscht, beispielsweise ein Unfall. Die Lage wird immer als äußerst dringlich dargestellt. Oft werden die Betroffenen durch wiederholte Anrufe unter Druck gesetzt. Sobald das Opfer zahlen will, wird ein Bote angekündigt, der das Geld abholt. Hat der Betroffene die geforderte Summe nicht parat, wird er gebeten, unverzüglich zur Bank zu gehen und dort den Betrag abzuheben. Auf diese Weise haben Enkeltrick-Betrüger in der Vergangenheit bereits Beträge im fünfstelligen Eurobereich erbeutet.

Immer wieder geben zudem Betrüger am Telefon vor, Polizist zu sein und versuchen mithilfe dieser Masche, an das Vermögen ihrer Opfer zu kommen. Für das Telefonat nutzen die Täter eine spezielle Technik, die während des Anrufs auf der Telefonanzeige der Angerufenen die Polizei-Notrufnummer 110 oder eine andere örtliche Telefonnummer erscheinen lässt - obwohl die Anrufer meistens aus dem Ausland anrufen. Unter Vorwänden gelingt es den Betrügern, ihren Opfern glaubwürdig zu vermitteln, dass ihr Geld und ihre Wertsachen zuhause nicht sicher seien. Ein Polizist in Zivil werde vorbeikommen, um das gesamte Geld und sämtliche Wertsachen "in Sicherheit" zu bringen. Reagiert ein Opfer misstrauisch, wird es unter Druck gesetzt und eingeschüchtert

Auch mit Schockanrufen versuchen Betrüger ältere Menschen um ihr Geld und ihre Wertsachen zu bringen. Sie geben sich am Telefon als Verwandte - z.B. als Tochter, Sohn oder Enkel - oder als ein mit einem Vorgang betrauter Polizeibeamter oder Rechtsanwalt aus und täuschen eine Notsituation vor. Dadurch versuchen sie die Angerufenen zur Übergabe von Geld oder Wertsachen zu bewegen.

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur aktuellen Entwicklung bei den Straftaten gegen Senioren in Nordrhein-Westfalen. In diesem Zusammenhang bitten wir insbesondere um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie entwickelten sich die Straftaten gegen Seniorinnen und Senioren in Nordrhein-Westfalen in den letzten zehn Jahren seit 2013 (bitte aufschlüsseln nach Jahr und Deliktsart)?
2. Wie hoch ist der (geschätzte) Schaden, der durch Betrugsdelikte zum Nachteil älterer Menschen in NRW in diesem Zeitraum entstanden ist?
3. Was ist aktuell über die Täter bzw. Tätergruppen im Zusammenhang mit Betrugsdelikten zum Nachteil älterer Menschen bekannt?
4. Welche Maßnahmen werden zur Bekämpfung von Betrugsdelikten zum Nachteil älterer Menschen sowie zum präventiven Schutz vor solchen Straftaten eingeleitet?

5. Wie entwickelten sich im Zeitraum seit 2013 insbesondere auch die Delikte im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt gegen Seniorinnen und Senioren?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Christina Kampmann', is centered on the page.

Christina Kampmann